

An once  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wubelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. A. Brandt,  
in Meseritz bei Ph. Matthes,  
in Wreschen bei J. Jadesohn.

# Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 410.

Das Abonnement auf dieses Blatt kostet  
dieselbe Summe für die Stadt  
Posen 5 Pf. Mark, für ganz Deutschland 6 Mark ab Pf.  
Bewilligungen nehmen alle Postanstalten des Deut-  
schen Reiches an.

Sonnabend, 14. Juni.

Inserate 20 Pf. die schrägschraffierte Postzelle oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

## Amtliche.

Berlin, 13. Juni. Der König hat den Oberlandesgerichts-Rath Schmidt in Hamm zum Landgerichts-Direktor in Schweidnitz, sowie die Gerichts-Ämter Niederschlesien, Dr. Nothe, Nolshoven, Dr. Jäckisch, Schütting und Schulzky zu Amtsrichtern ernannt.

Der König hat dem Bauinspektor Thiele im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu Berlin sowie den Kreis-Bauinspektoren Blaurock in Angermünde, Bergbauer in Liegnitz, Kapitale in Tilsit, Scheele in Döllnitz, Reitich in Magdeburg, Hammer in Pleß O.-S. und Gehrlich in Osterburg und den Wasser-Bauinspektoren Schwarz in Frankfurt a. M. und Barnick in Marienwerder den Charakter als Baurath verliehen.

Der Rechtsanwalt Schönfeldt in Schivelbein ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schivelbein, und der Rechtsanwalt Kassel zu Schweidnitz zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schweidnitz, ernannt worden.

Der Kreis-Bauinspektor Döpfner zu Dt. Cylau ist in gleicher Amtseigenschaft nach Hameln versetzt worden.

Dem bei der Regierung in Oppeln angestellten Wasser-Bauinspektor Schönenbach ist die Wasser-Baubeamtenstelle zu Ruckersee bei Tilsit verliehen.

Bei der Reichsbank sind die Zweiten Vorstandesbeamten der Reichsbank-Hauptstellen zu Breslau, Dortmund und Frankfurt a. M. bisherigen Bankrendanten Schmidt, Dietrich und Mannowsky zu Bank-Ämtern ernannt.

## Deutscher Reichstag.

31. Sitzung.

Berlin, 13. Juni. Am Tische des Bundesrats: Bronsart von Schellendorf.

Präsident von Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und genehmigt in dritter Lesung ohne Diskussion die Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungsstube für 1881/82 bezüglich des Theiles, der sich auf die Reichsverwaltung bezieht.

Es folgt die zweite Berathung der allgemeinen Rechnung über den

## Reichshaushalt für 1879/80.

Abg. Rickert macht prinzipiell geltend, daß der preußische Kriegsminister nicht berechtigt sei, an Stelle des Reichskanzlers allerhöchste Kabinetsordres gegenzuzeichnen. — Redner bemängelt ferner, daß die Post- und Telegraphenverwaltung zur Herstellung einer direkten unterseeischen Kabelverbindung zwischen Deutschland und Norwegen einen Vertrag mit Dr. Lazard abgeschlossen habe, ohne vorher die Genehmigung des Reichstags eingezogen zu haben. Ich beantrage daher, den Reichskanzler zu erläutern, daß nachträglich der Vertrag mit Dr. Lazard zur Genehmigung vorgelegt werde, und bis dahin die Genehmigung der Rechnung zu extrahieren. Wissenswert wäre es auch, ob die Postverwaltung noch anderweitige Verträge abgeschlossen hat — die Vermuthung liegt jedenfalls nahe. Nur durch Annahme meines Antrages können Sie das Recht des Reichstags wahren. (Beifall links.)

Bundesbevollmächtigter Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: Die preußische Kriegsverwaltung ist ein gesondertes Kontingent, der preußische Kriegsminister führt die Verwaltung unmittelbar unter der Bewilligung des Königs, nicht unter der des Reichskanzlers — aus diesen Gründen ist die Kontrakturatur des Kriegsministers erforderlich, es handelt sich auch nicht um eine kaiserliche Ordre, sondern um eine Ordre des Königs von Preußen.

Abg. Rickert: Das preußische Militärkontingent ist eine selbständige Verwaltung, das besteht es nicht, aber die Bewilligung der Geldmittel ist doch Reichssache. Und wenn die preußische Kriegsverwaltung gegen dieses Staatsrecht verstößt, so müssen wir dies zur Sprache bringen, besonders nach dem Vorgange des Herrn Reichskanzlers, der seine Stellung uns gegenüber so genau festgehalten wissen will.

Bundesbevollmächtigter Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: Se. Majestät der König von Preußen hat zweifellos das Recht, Gnadenordres zu erlassen und um eine solche handelt es sich in dem betreffenden Falle. Abg. Rickert überzeugt beständig, daß es sich nicht um eine kaiserliche, sondern um eine Ordre des Königs von Preußen handelt, welche der preußische Kriegsminister gegenzuzeichnen hat.

Abg. Dr. Windthorst: Zur Zeit liegt eigentlich kein Anlaß zu dieser Diskussion vor, so lange wir nicht ein Gesetz haben, daß die schwierige Frage regelt. Jetzt haben wir eine Diskussion ohne Boden. — Es handelt sich nicht, wie der Herr Minister meint, um Gnadenordres, sondern um Geldfragen — das ist doch eine ernste Sache. Ich hätte gewünscht, daß wir die Frage heute ganz fallen lassen, da wir eine prinzipielle Lösung jetzt hier doch nicht zu Stande bringen können. Die Reichsverfassung gibt auch wenig Anhalt zur Entscheidung.

Abg. Rickert (Hagen): Als der Herr Reichskanzler gegen die Fassung einer Resolution Widerspruch erhob, war Abg. Windthorst sofort bereit, eine Änderung und damit die Lösung einer sehr schwierigen Prinzipfrage herbeizuführen. Heute scheut er sich davor; wir dürfen aber nicht sagen, daß sind Doktorfragen, daran wollen wir vorbeisehen. Es handelt sich nicht um die Krone, sondern um die Stellung des preußischen Kriegsministers zum Reichskanzler. Die Frage ist, wer ist uns verantwortlich bei Staatsüberschreitungen. Das Begründungsrecht steht nicht in der Reichsverfassung. In Form einer kleinen Botschaft ist uns hier mitgeteilt worden, Ihr habt mit dem Kriegsminister gar nichts zu thun. Ihr habt Euch an mich, den Reichskanzler, zu halten. (Heiterkeit.) Hier hat der Kriegsminister gegenzeichnet, das geht uns also nichts an, sie ist gar nicht für uns da, wir verlangen die Unterschrift des für uns allein verantwortlichen Mannes, des Reichskanzlers, diese Gegenzeichnung fehlt und deshalb beantrage ich, die Dechargeirung der Rechnung zu verweigern. — Der Generalpostmeister hat völlig unberechtigt einen Vertrag mit Dr. Lazard abgeschlossen, ebenso mit demselben Rechte könnte der Generalpostmeister ohne den Reichstag den Dampfschiffahrtsvertrag abschließen. Wir müssen dafür sorgen, daß das einzige Recht, das wir noch haben, das Bewilligungsrecht, uns nicht genommen werde. (Beifall links.)

Bundesbevollmächtigter Minister Bronsart v. Schellendorf:

Ich muß dabei beharren, daß es sich allein um Gnadenordres hier handelt. Die Mittheilung des Reichskanzlers an den Reichstag ist mir völlig bekannt aber es handelt sich hier gar nicht um eine Staatsüberschreitung, sondern allein um eine Ordre gemäß der selbständigen Verwaltungsrechte des preußischen Kontingents.

Abg. Dr. Windthorst: Es handelt sich doch um eine theoretische Frage von äußerster Schwierigkeit, deren Lösung nur allmählig stattfinden kann. Ob Gnadenordres, oder nicht — es handelt sich um Geldfragen. Es ist sehr leicht, hier schnell einen theoretischen Satz zur Lösung aufzuwerfen, aber es fragt sich nur, ob diese Lösung den realen Verhältnissen gegenüber Stand hält. Um genauere Wirkung zu ermöglichen, beantrage ich den Antrag Richter an die Rechnungskommission zu verweisen.

Geb. Regierungsrath Meyer: Es versteht sich von selbst, daß die Postverwaltung keine Ausgaben machen kann, für die im Etat keine Bewilligungen enthalten sind. Anders aber ist es doch mit dem Abschluß von Verträgen, die doch noch mit keinem Bewilligungsrecht zusammenstoßen. Redner geht auf die Geschichte des Vertrages mit Dr. Lazard ein, an dessen Stelle jetzt eine Aktiengesellschaft getreten sei. Ein Garantievertrag liege nur dann vor, wenn ein Vertrag zwischen zwei Kontrahenten abgeschlossen sei und eine dritte Person als garantirender Theil fortwirke, um die Erfüllung des Vertrages zu sichern; dieses Erforderniß eines Bürgschaftsvertrages fehlt hier aber gänzlich.

Geb. Oberpostrath Fischer: Die Telegraphenverbindung mit Norwegen war bisher eine sehr mangelhafte gewesen, Klagen von Interessenten waren zahlreich der Regierung zugegangen; andererseits bot die Kabellegung nach Norwegen großen Schwierigkeiten und schloß ein bedeutendes Risiko in sich. Die Postverwaltung begrüßte es daher mit Freuden, als ein Privatmann Dr. Lazard sich bereit erklärt, die Kabellegung zu übernehmen. Ein Vertrag wurde abgeschlossen, ohne daß jedoch eine Garantie übernommen worden. Es sind nur dieselben Bedingungen umgeschriften, die sonst mit Posthaltern abgeschlossen werden, auf das Telegraphenwesen in diesem Falle übertragen worden. Ebenso wenig wie jene Posthalterverträge, braucht dem Reichstage ein solcher Telegraphenvertrag vorgelegt zu werden. Das Risiko trägt der Unternehmer, nicht die Reichsverwaltung, es ist in keiner Weise eine Garantie seitens des Reichs übernommen worden.

Abg. Dr. Sammauer: Das Geschäft mit Dr. Lazard hat sich für die Reichsfinanzen günstig erwiesen, wie aber, wenn das Gegenteil gewesen wäre? Waren dann nicht die Reichsfinanzen zum Ausgleich verhängt worden? — Es handelt sich bei dem dielem Vertrage nicht um eine bloße Verwaltungssache und deshalb hätte man den Reichstag vorher befragen müssen. Es ist bereits wieder einmal etwas Rechtes geschahen.

Die Straßburger Eisenbahnverwaltung hatte einen Vertrag abgeschlossen ohne Genehmigung des Reichstages; dasselbe hatte der Reichstag nachträglich die Vorlegung des Vertrages verlangt und damit dann die Sache staatsrechtlich sanktionirt. Ich hoffe, daß auch diesmal in gleicher Weise beschlossen werden wird. — Was meine persönliche Stellung zu den gefestigten Anträgen betrifft, so bin ich für den Antrag Windthorst, aber gegen den Antrag Richter auf Verweigerung der Dechargeirung, da dies gegen alle parlamentarische Usanzen wäre.

Abg. Rickert: Der Herr Kriegsminister bat gemeint, wir wollen den Reichskanzler gegen ihn ausspielen. Nachdem der Reichskanzler aber unseren direkten Verkehr mit dem Kriegsminister und dem Marineminister raus zerstört hat, kann der Herr Kriegsminister sich doch nicht wundern, daß wir ihn nicht mehr kennen. Wir werden bei der Etatberatung das Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben in die Beschlüsse zum Etat verslechten und wollen es darauf ankommen lassen, ob der Bundesrat den Etat mit diesen Beschlüssen annimmt oder nicht. Ich freue mich, daß es heute gelungen ist, der Rechnungskommission endlich einmal Beachtung zu verschaffen, sonst hat Niemand jemals auf die Berichte dieser Kommission geachtet, welche einer so wichtigen, so mühsamen und schwierigen Arbeit sich unterzieht. (Beifall links.) Ich will meinen Antrag jetzt dahin abändern, daß wir den Reichskanzler ersuchen, den Vertrag mit Dr. Lazard dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegen.

Bundesbevollmächtigter Minister Bronsart von Schellendorf: Ich muß immer wieder darauf zurückkommen, daß es sich nicht um kaiserlich-deutsche, sondern um königlich-preußische Ordres handelt. In der erwähnten „kleinen Botschaft“ des Herrn Reichskanzlers ist auch nicht von Verwaltungssachen, sondern von Gesetzesänderungen die Rede gemesen.

Abg. v. Malachowski: Die Diskussion macht einen gewissen Eindruck der Unklarheit. Wir haben gesprochen über den Vertrag mit Dr. Lazard, über die Kabinetsordres der preußischen Regierung und über die Frage der Kontrakturatur. Der vorliegende Bericht spricht nur von dem Lazard'schen Vertrage; die Frage der Kontrakturatur ist im Bericht naturgemäß gar nicht zur Sprache gebracht worden; anders wäre es gewesen, wenn die Diskussion der heutigen Sitzung der Kommissionssitzung vorangegangen wäre. Ich beantrage daher den ganzen Bericht an die Kommission nochmals zurückzuweisen und die Berathung der Nr. 3 unserer Tagesordnung, die dieselbe Materie betrifft, für heute abzulegen.

Während dieser Rede ist Fürst Bismarck in den Saal eingetreten.

Geb. Oberreg.-Rath Dr. Meyer und Direktor im Reichskanzleramt Aschenborn suchen mehrmals nachzuweisen, daß der Vertrag mit Dr. Lazard kein Garantievertrag sei und der Reichsverwaltung keine Verpflichtung auferlege. Jedermann habe die heutige Debatte Anregung gegeben, daß die Postverwaltung bei künftigen Verträgen sich vorher fragen werde, ob sie den Vertrag wie bisher ohne Mitwirkung des Reichstags abzuschließen habe oder abweichen von der bisherigen Praxis den Reichstag erst befragen solle.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich bin ganz dafür, daß dem Antrage Windthorst gemäß der Bericht nochmals an die Kommission verwiesen werde. Wir würden Ihnen dann nachweisen können, wie wenig Ihre Theorien durchführbar sind, wie unmöglich es sein würde, alle Garantieverträge erst dem Reichstage zur Bewilligung vor-

zulegen. Abg. Rickert (Hagen): Der Vertrag ist doch von einer solchen Bedeutung, daß man ihn nicht mit den Posthalterverträgen vergleichen kann. Ebenso könnte man den Schiffahrtsvertrag damit vergleichen. Gerade die heutige Verhandlung zeigt, wie notwendig die Forderung unseres Programms ist, das Militär- und Marinewesen durch die Reichsverfassung zu regeln. Und dem gegenüber werfern uns die Konservativen vor, wir wollten die Rechte der Krone

Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Baabe & Co.,  
Haasenstein & Vogel,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Divalidendank“.

verringern! Die Worte des Herrn Reichskanzlers machen sofort alle Hoffnungen zu nichts, die die Rede des Herrn Direktors Aschenborn erweckt hat. — Der Herr Kriegsminister meint, es handele sich um Ordres des Königs von Preußen, der Rechnungshof sagt aber ausdrücklich, es handelt sich um kaiserliche Ordres. Wie seinerzeit Fürst Bismarck in seiner Ordre sagte im Namen Sr. Majestät des Kaisers, so rufe ich: im Namen Sr. Majestät des Königs müssen wir dagegen sprechen, daß ein Partikularminister Ordre in Sachen der Reichsverwaltung gegenzeichnet. Noch niemals aber ist mir vorgesommen, daß der Ausspruch eines Ministers so sehr wider die altenmäßigen Belege verläuft. (Beifall links.)

Bundesbevollmächtigter Minister Bronsart v. Schellendorf: Mein Ausspruch widerholt nicht gegen die altenmäßigen Belege, sondern die Sache liegt so, daß der Rechnungshof anderer Meinung ist, als ich — das geschieht sehr oft, und wenn der Rechnungshof zehnmal behauptet, es sind kaiserliche Ordres, so wiederholte ich, es sind königliche. (Beifall rechts.) Abg. Richter hat also meine Ausführungen lebenswerts widerlegt und ebenso wenig mich in WiderSpruch mit dem Herrn Reichskanzler zu setzen vermocht. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Abg. Rickert hat gemeint, man müsse jetzt die Frage zur Entscheidung bringen, er habe früher die Augen zugedrückt und es durchgehen lassen. Wer einmal die Augen zugedrückt, darf nachher nicht so stürmisch sein im Verlangen konstitutioneller Rechte. Allerdings bin auch ich der Meinung, daß endlich eine Lösung herbeigeführt werden müsse, aber die Sache ist so eine epische und schwierige, daß selbst die heutige eingehende Erörterung nichts zu ihrer Auflösung gethan hat. Ich empfehle daher die Annahme meines Antrages. Der Reichstag muß bemüht sein, auf diesem konstitutionellen Gebiete sein Recht zu erweitern, aber auch die Regierungen werden auf ihrer Hut sein müssen, denn was der eine Theil gewinnt, verliert der andere. Die Frage der Dechargeirung läßt sich nicht genau feststellen und deshalb müssen wir den Antrag Richter an die Rechnungskommission verweisen. Ihre Arbeit wird zwar dadurch noch größer, aber die Rechnungskommission hat stets eine so operwillige Arbeitslust gezeigt, daß sie den anderen Kommissionen zum Beispiel dienen können.

Abg. Richter: Wenn der Herr Kriegsminister sagt, was geht mich der Rechnungshof an, so ist doch zu bedenken, daß der Rechnungshof eine unabdinglich richterliche Behörde ist, vor der wir Rechtsprechen haben, vor der aber auch ein Minister Rechtsprechen sollte. Es ist eigentlich, daß das vielgenannte Schreiben für alle Rechtsprechungen gelten soll, nur nicht für die preußische Kriegsverwaltung.

Abg. Rickert: Als Abg. Dr. Windthorst sprach, bat ich ums Wort und wurde vom Herrn Präsidenten bedauert, daß ich nicht das Recht dazu hätte. Bissher ist es stets üblich gewesen, daß man während der Rede eines Abgeordneten ums Wort bittet. (Rufe von rechts: Man geht zum Schriftführer hin und läßt sich notieren!) Abg. Dohrn ruft: „Sie sind doch kein Schulmeister!“, der Präsident ruft ihm dafür Ordnung. (Unruhe.) Ich lasse mir vom Herrn Präsidenten jede Belehrung gefallen, nicht aber von Herrn von Ledebur.

Präsident v. Levetzow bemerkte, daß es allerdings üblich ist, während der Diskussion ums Wort zu bitten, aber vom Abg. Rickert geschah dies so laut, daß die Worte des Abg. Windthorst dadurch überdeckt wurden.

Abg. Dohrn: Ich habe, als Abg. Rickert von der Rechten unterbrochen wurde, gerufen: „Sie sind doch kein Schulmeister“. Das ist doch aber keine Beschimpfung, wie der Herr Präsident meinte; ich glaube nicht, daß die Bezeichnung Schulmeister eine Beleidigung ist (Heiterkeit). Ich nehme an, daß der Herr Präsident mich falsch verstanden hat, als er mich jener Aeußerung willen zur Ordnung rief.

Der Präsident bemerkte, daß er in dem Aufrufe eine absichtliche Störung und Beleidigung erblickt habe und in diesem Irrthume habe er den Ordnungsruf ertheilt.

Die Diskussion wird geschlossen, worauf die Rechnungen und der Antrag Rickert auf Antrag des Abg. Windthorst an die Rechnungskommission verwiesen wird.

Ebenso wird die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1880/81 an die Kommission verwiesen.

Ohne Diskussion wird sodann der Entwurf, betreffend den Reinigewinn aus dem Großen Generalstab verfaßten Werke „Der deutsch-französische Krieg 1870/71“ in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Ebenso vossiert der Entwurf, betreffend die Einziehung der mit dem Datum vom 11. Juli 1874 ausgesetzten Reichskassenscheine ohne Diskussion die erste und zweite Lesung, worauf das Haus sich vertagt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Tages-Ordnung: Wahlprüfung, Subventionsvorlage von Post-Dampfschiffverbindungen.

Schluss 4 Uhr.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 13. Juni. Das Schicksal der Vorlage wegen der Subventionierung von Dampferlinien ist noch in hohem Grade unsicher. Der verhältnismäßig sehr günstigen Aufnahme, welche sie alsbald nach dem Bekanntwerden des Projektes in der Presse, auch teilweise in der liberalen, gefunden hatte, entsprach von Anfang an die Stimmung auf der liberalen Seite des Reichstags nicht; denn während sich einzelne Blätter, welche der freihändigen Fraktion nahe stehen, dafür erklärt hatten, äußerten sich von Anfang an diejenigen Führer dieser Fraktion, welche in wirtschaftlichen Dingen in ihr tonangebend sind, oppositionell, und sie haben ihre meisten Parteigenossen inzwischen für diese Auffassung gewonnen. So hat das Zentrum wieder einmal die Entscheidung zu geben, und es sorgt dieselbe seiner Gewohnheit gemäß nach Möglichkeit hinaus. Das ist für die Partei hier um so leichter, da es sich für sie in keinem Betracht um eine prinzipiell wichtige oder um eine Angelegenheit handelt, in welcher Interessen clerikaler Wählerkreise in Frage ständen. Das Zentrum kann hier, einmütig oder getheilt, ganz nach seinem Belieben stimmen, ohne für das schließliche Votum

um eine Motivierung in Verlegenheit zu sein. Falls es zuletzt die Entscheidung im Sinne der Regierung giebt, wird darauf hingewiesen werden, daß die Klerikalen der staatlichen Leitung oder Unterstützung wirtschaftlicher Unternehmungen niemals prinzipiell abhold gewesen — während für ein endgültiges verneinendes Votum die Sparfamilie-Rücksicht, die in allen Programmen des Zentrums eine große Rolle spielt, zur Verfügung steht. Man muß also abwarten, was Herrn Windthorst bei der Abstimmung in der zweiten, resp. in der dritten Lesung für die Interessen des Zentrums nützlich erscheinen wird. Im Allgemeinen kann man annehmen, daß es ihm auf Geld, auch wenn es sich um mehr als vier Millionen jährlich handeln würde, nicht ankommen wird, wenn er durch die Bewilligung in einer den Klerikalen Wählern gleichgültigen Angelegenheit sich bei dem Kanzler einen Stein ins Brett setzen kann. Es wird nun freilich behauptet, Herr Windthorst lehre gegenwärtig in seinen politischen Privatauflösungen noch mehr, als in den öffentlichen, die Verstimmung darüber heraus, daß die Regierung hinter der Bereitwilligkeit des Reichstags und des Abgeordnetenhauses zu kirchenpolitischen Konzessionen zurückbleibe, wie die Abstimmung der Herren von Gohler und von Puttkamer gegen den jüngst verhandelten Antrag Windthorsts die Verhandlung der Dispens-Gesuche, die Verhandlungen mit der Kurie über die Revision der Matrizen und über die Verhältnisse der Diözese Posen bewiesen. Bis zur schließlichen Entscheidung bleibt es Federmann überlassen, Vermuthungen darüber anzustellen, aus welcher der beiden Gedankenreihen Herr Windthorst, resp. eine so große Anzahl von Zentrumsmitgliedern, als zur Bildung einer Majorität für oder gegen erforderlich sind, die Konsequenzen ziehen wird. Stolzer als je schreiten die Chefs der Klerikalen Partei in dem Bewußtsein, daß dieselbe im vollen Sinne des Wortes zur ausdrückenden geworden ist, einher. Unverkennbar hat der unerwartet große Erfolg ihrer Gestaltungsgenossen in Belgien, so verschieden die Ursachen desselben auch zum Theil von den Gründen der heutigen Stellung des Klerikalismus im deutschen Staatsleben sind, ihr Selbstgefühl noch höher geschwelt, als es durch die neuesten Vorgänge in Deutschland geschehen war. Ein Klerikales Ministerium irgendwo in Europa, das ist eine Thatsache, welche auch unseren Ultramontanen als Berechtigung zu den stolzen Hoffnungen erscheint. Freilich hat ein klerikales belgisches Kabinett sich schon einmal als Del ins Feuer einer antiklerikalen Bismarck'schen Politik erwiesen.

— Im Reichstag fand heute unter Vorsitz des Fürsten Bismarck eine mehrstündige Sitzung des Staatsministeriums statt. Der Bundesrat hat heute den Budgetentwurf erledigt und wird sich morgen mit der Geschäftsführer beschäftigen.

— Wie die „Berl. Pol. Nachr.“ hören, hat der König nunmehr die nötigen Ordres wegen Einberufung des Staatsrates, sowie wegen Ernennung einer Anzahl neuer Mitglieder desselben vollzogen, und es steht zu erwarten, daß die erste Einberufung des Staatesrates noch in diesen Wochen vor Schluss des Reichstages stattfinden werde. Das Blatt fügt zu dieser Nachricht hinzu:

„Doch dem Staatesrat schon jetzt Gesetzesvorlagen unterbreitet werden könnten, welche für den nächsten Landtag bestimmt sind, halten wir kaum für wahrscheinlich; es sei denn, daß die in der abgelaufenen Session unerledigt gebliebenen hierzu das Material abgeben sollten. Wohl aber wird in dem Staatesrat des Reichstags sein, sich insofern zu konstituieren, daß er demnächst für die sofortige Inangriffnahme des ihm zugehörenden Arbeitsstoffes bereit ist. Wir werden zu erwarten haben, ob damit die bekannten Intentionen des Fürsten Bismarck, aus dem preußischen Ministerialdienst auszuscheiden, ihrer Verwirklichung näher kommen oder ob der letzteren noch weitere Hindernisse im Wege stehen. Nach Alem, was wir hören, besteht sein Beihilfe nach Verminderung seiner Geschäftslast nach seiner eigenen Ansicht sowohl, wie nach der der Amtsveränderung fort und ebenso der Weg, auf welchem er diesen Zweck zu erreichen glaubt. Die Beziehung am preußischen Staatesrat würde dann die Verbindungsbrücke zwischen der ministeriellen Tätigkeit des Reichskanzlers und der des preußischen Staatsministeriums bilden.“

— Wie glaubwürdig verlautet, ist ein Gesetzentwurf für die Altersversorgung der Arbeiter im Reichsamt des Innern bereits ausgearbeitet, so daß eine bezügliche Vorlage voraussichtlich in der Herbstsession an den Reichstag gelangt.

— Die Fraktion des Zentrums hat beschlossen: Die Verweisung der Postbeamten vorlage an eine Kommission zu beantragen.

— Die Rückübertragung des gerichtlichen Kassenwesens auf die Gerichtsbehörde selbst, welche Justizminister Friedberg bereits im Abgeordnetenhaus in Aussicht gestellt hat, soll am 1. April 1885 erfolgen. Die bezüglichen Anordnungen müssen demnach im nächsten Etat getroffen werden.

— Die „Köln. Bzg.“ behauptet, eine Anzahl früherer Sezessionisten hätte sich bei der Abstimmung über den Antrag Windthorst erhalten; aber wenigstens ein Deutschfreisinniger, der Abg. Kutschbach, habe mit den National-Liberalen gegen den Antrag gestimmt. Der Berichterstatter der „Köln. Bzg.“ scheint nicht zu wissen, daß wenigstens ein National-Liberaler, Abg. Volza, mit den Deutschfreisinnigen für den Antrag gestimmt hat. Von den Deutschfreisinnigen hat sich nach Ausweis des stenographischen Berichts Niemand der Abstimmung enthalten. Frhr. v. Stauffenberg ist frank; beurlaubt waren Greninger, Dr. Hähnel, Hermann (Parchim), Karsten, Panse, Plüger, Thilenius; entschuldigt: Fährmann, Hammer, v. Höhne, Nidert, Schlotow, Schröder (Oberbarnim), Träger, Wunder, Witt. Ohne Entschuldigung fehlten: Behrend, Goeschken, Greve, Horwitz, Kapp, Koch, Kochhann (Landsberg), Mommesen, Rademacher, Schenk, Schröder (Wittenberg), Birchow. Die übrigen Deutschfreisinnigen waren anwesend und haben für den Antrag gestimmt.

Paris, 12. Juni. Die Vorgänge im Kongogebiet verdienen unter den gegenwärtigen Umständen eine erhöhte Aufmerksamkeit. Der Pariser „Temps“ erhält von den Besitzungen der „Internationalen afrikanischen Gesellschaft“ einen

Bericht, wonach zu Noli und Anglo die Weißen heftige Kämpfe mit den Eingeborenen zu bestehen hätten, aus denen erstere keineswegs als Sieger hervorgegangen. Die Schuld für die stattgehabten Massakres trifft, wie der Gewährsmann des „Temps“ behauptet, ausschließlich die Weißen, welche einen geringen Handelszoll für die Rauchschuh-Ausbeute nicht mehr an die eingeborenen Häuplinge zahlen wollten. Portugiesische Schiffe haben die Ordnung wieder hergestellt. Die „Internationale Gesellschaft“ hat gegenwärtig fünf kleine Dampfer auf dem unteren Kongo. Seitdem aber die belgischen Offiziere der Gesellschaft zum Theil durch englische erachtet sind, herrscht keine Einigkeit mehr. Die Engländer verachten die Belgier durch ihr hochmuthiges Benehmen, und diese haben auf verschiedenen Stationen bereits statt der Fahne der Internationalen Gesellschaft diejenige Belgiens aufgesetzt. „Es ist Zeit,“ so schreibt der genannte Korrespondent, „daß jetzt, wo der Handel sich jeden Tag mehr entwickelt, ein regelmäßiger Zustand der Dinge am Kongo eintrete.“ — Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß in der „Nat. Bzg.“ dafür plädiert wird, die von den Portugiesen beanspruchte Kongs-Mündung doch einfach der Internationalen Gesellschaft zu übergeben und das ganze Gebiet dann zu neutralisieren, so daß am Kongo eine Art afrikanischen Belgiens entstünde.

Paris, 12. Juni. (Post.) Auf der deutschen Botschaft fand heute die Überereichung des Ehrengeschenks statt, welches zahlreiche Vereine dem Fürsten Hohenlohe anlässlich seiner zehnjährigen Thätigkeit als Botschafter in Paris dargebracht haben. Das Ehrengeschenk besteht aus einem in Silber getriebenen Schreibzeug mit der Germania des Niederwaldes als Aufsatz. Das Kunstmuseum ist aus der Heilbronner Fabrik P. Bruckmann und Söhne hervorgegangen. Übergeben wurde das Geschenk durch die Präsidenten der hiesigen deutschen Vereine. Auf die Ansprache des Führers der Deputation antwortete Fürst Hohenlohe mit herzlichem Dank, indem er zugleich die Erhaltung und Förderung freundlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich als seine Hauptaufgabe bezeichnete. — Der zweite Sekretär der deutschen Botschaft in Paris, Freiherr von Gutschmid, ist zum Sekretär der deutschen Gesandtschaft in Madrid ernannt worden. An seine Stelle tritt Herr v. Riedel, bisher zweiter Botschaftssekretär in St. Petersburg. Der dritte Sekretär der deutschen Botschaft in Paris, Herr von Lindenau, ist zum zweiten Botschaftssekretär in Konstantinopel designiert und wird in Paris durch den Grafen Metternich, zur Zeit Botschafts-Attaché in Wien, ersetzt.

Brüssel, 13. Juni. Die „Independance Belge“ meldet, die gestern von ihr gebrachte Ministrerliste werde folgende Veränderungen erfahren: Malou Auswärtiges und Ministerpräsident, Bernart öffentliche Arbeiten, Woestie Inneres, van de Peerboom Justiz. Ferner solle ein Ministerium für den Ackerbau errichtet werden, das Portefeuille desselben übernehme Moreau; dagegen werde das Unterrichts-Ministerium aufgehoben, Thonissen, der als Kandidat für dieses Ministerium genannt worden sei, werde die Kammerpräsidenschaft übernehmen. Von den neu gewählten Brüsseler Deputirten werde keiner in das Ministerium eintreten.

London, 12. Juni. Ein neuer Plan zur Pacification des Sudans wird vom „Daily Telegraph“ mitgetheilt, und zwar soll derselbe in Form eines Memorandums, d. d. Kairo, 30. Mai, dem britischen Ministerium vorgelegt sein. Nach dem genannten Blatte lautet dasselbe:

„Bebehr Pascha verpflichtet sich binnen 5 Wochen eine von allen Stammältesten im Sudan und vom Rabbi selbst unterzeichnete Erklärung zu erhalten, worin das Versprechen gegeben wird, von der Erhebung sofort abzulassen. Dies will er unter den folgenden, von der ägyptischen Regierung anzunehmenden Bedingungen thun: Bebehr Pascha wird vom dem Khedive als Fürst und Vizekönig des Sudans eingesetzt; er und seine Räumlichkeiten erzielen die Investitur aus den Händen des regierenden Khedive; sie haben aber an Egypten keinen Tribut und keine Steuern zu zahlen. Der neuen Regierung wird die vollständige Autonomie eingeräumt und der Khedive wird Sozietät des Sudans. Die Stammältesten werden sich hierauf verpflichten, sich Bebehr Pascha unbedingt zu unterwerzen, welcher sich, im Einvernehmen mit ihnen, verpflichtet: 1) Gordon Pascha mit seinen Begleitern sicher und wohlbehütet nach Kairo zu bringen; 2) dem Sklavenhandel ein Ende zu machen; 3) Khartum und den Sudan überhaupt dem europäischen Handel offen und zugänglich zu halten; 4) die Errichtung europäischer Konsulate in Khartum und an anderen Plätzen mit dem Genüge aller in den Kapitulationen bezeichneten Privilegien zu gestatten; 5) Die freie Religionsübung für alle Konfessionen zu gewährleisten.“ — Bebehr Pascha verpflichtet sich, seine Reise ohne Begleitung oder Freunde sofort anzutreten, wenn ihm hierzu der Khedive, gepaart mit irgend einer Zusicherung der britischen Regierung zugeben, daß England seiner Herrschaft keine Opposition bereiten will. Die Zusicherung braucht aber bloß „offiziös“ zu sein und soll nur mündlich abgegeben werden.“

Bebehr Pascha ist, wie erinnerlich, derjenige, welchen General Gordon in der letzten Zeit, als der Vertheidigung Khartums noch offen stand, mit unbefrängter Vollmacht nach dem Sudan zu entsenden, vorgeschlagen hat. Damals hat die englische Regierung diese Mission verhindert. Da seitdem die Noth gestiegen ist, scheint Bebehr Pascha zu glauben, daß endlich seine Zeit gekommen ist. Die letzten Sätze des Memorandums, welche lauten: „Ich werde ersuchen, eine solche Sicherung, wenn auch nur in der vorgeschlagenen beschränkten Fassung, zu erwirken; ich selbst bin überzeugt, daß Ihrer Majestät Regierung durch eine derartige Garantie für das Leben und die Freiheit Gordons sich von einer großen Last befreit fühlen wird;“ deuten an, daß einer der maßgebenden Engländer in Egypten für Bebehr's Plan gewonnen ist und das Memorandum übermittelt hat.

London, 13. Juni. Im Oberhause richtete Lord Sidmouth wegen Angre Pequena abermals eine Anfrage an die Regierung. Der Staatssekretär für Indien, Earl of Kimberley, erwiderte, die Verhandlungen mit der deutschen Regierung dauerten fort, es sei ihm nicht möglich, weitere Mittheilungen zu machen. Lord Carnarvon sprach sein Bedauern über die Verzögerung der Angelegenheit aus und meinte, daß bei einem prompteren Handeln der Regierung wohl ein befriedigender Abschluß zu erreichen gewesen sein würde. Damit wurde der Gegenstand verlassen.

London, 13. Juni. Im Unterhause wurde bei der Berathung der Reformbill das Amendement des Deputirten Woodall, nach welchem den Frauen das Stimrecht gewährt werden sollte,

abgelehnt. Northcote war für dieses Amendement eingetreten. Vom Deputirten Grey wurde ein Zusatzvotum beantragt, wonach die Bill nicht vor dem 1. Januar 1887 Gesetzeskraft erhalten soll. Das Grey'sche Amendement wurde vom Premier Gladstones bekämpft und darauf vom Antragsteller zurückgewiesen.

London, 13. Juni. Im Unterhause erwiederte der Unterstaatssekretär Lord Fitzmaurice auf eine bezügliche Anfrage, die Regierung habe von der französischen Regierung die Sicherungen darüber erhalten, daß sie keinerlei Anschläge bezüglich Marokko habe, die französische Regierung weise jede Idee der Errichtung eines Protektorates über Marokko zurück. Diese Sicherungen der französischen Regierung seien dem englischen Gesandten in Tanger und von diesem der Regierung des Sultans von Marokko übermittelt worden.

Suakin, 13. Juni. (Telegramm der „Agence Havas“.) In der vergangenen Nacht wurde ein ziemlich heftiger Angriff auf die Stadt gemacht, aber zurückgeschlagen.

New York, 12. Juni. Als Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei werden nach der Ablehnung Tildens jetzt Cleveland, Bayard, Mac Donald und Flower in Aussicht genommen.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 14. Juni.

d. [Polnische Volksversammlung.] In Czerny bei Posen wird auf Veranstaltung des Wirthes Johann Palacz eine polnische Volksversammlung in Schul-Angelegenheiten stattfinden. Es soll in derselben eine Petition an das Abgeordnetenhaus beschlossen werden, in welcher die Einführung der geistlichen Schulinspektion in den Volksschulen, sowie die Wiedereinführung der polnischen Unterrichtssprache für polnische Kinder, und die Vermehrung der Anzahl der Religionsstunden gefordert werden soll. Herr Palacz ist überzeugt, daß dieser Petition sich die Polen in der ganzen Provinz anschließen werden, und der „Dziennik Pozn.“ theilt diese Überzeugung, meint auch, die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses werde die Petition auf's Eisgritte unterstützen.

\* [Runstausstellung.] Zu unserer lebhaften Freude hat der Besuch der Ausstellung in den letzten Tagen sich in ganz überraschender Weise gesteigert, so daß z. B. der Katalog bereits ziemlich vergriffen ist. Es hat sich augenscheinlich bei der Neuheit des Unternehmens erst allmählich die richtige Anschauung von der Bedeutung derselben bei unsern Mitbürgern Bahn gebrochen. Ganz besondere Anzahl finden, wie wir zu wiederkosten Malen zu beobachten Gelegenheit hatten, die beiden Schlachtenbilder — Entscheidung bei Königsgrätz und Scene aus dem Gefecht bei Vendôme — die wir der königl. Nationalgalerie zu Berlin verdanken. Um so bedauerlicher ist es, daß wie aus der gestrigen Anzeige zu erkennen, der Schluss unwiderstehlich am Sonntag Abend erfolgen muß. Wir richten darum an unsere Leser die dringende Bitte, in ihrem eigenen Interesse die kurze sich noch darbietende Gelegenheit nicht zu versäumen, eine Ausstellung zu besuchen, wie wir sie von so hervorragendem Werthe kaum jemals wieder in Posen erhalten werden, und damit zugleich den Eigentümern der eingeführten Kunstwerke für ihren eigentlichen Gemeinnutz den schuldigen wohlverdienten Dank abzufallen.

d. Ferienversorgung. Nach den polnischen Blättern ist für 57 polnische Kinder auf dem Lande ein Ferienunterkommen gefunden. Das hiesige Ferienkomitee bat auf seinen Aufruf bisher für deutsche Kinder ein Unterkommen angeboten erhalten! Diese Zahl bedürfen keines Kommentars.

— Die Spiele mittels Würfeln &c. auf Jahrmarkten und bei sonstigen Volksbelustigungen in den sogenannten „Glückshäusern“ um Gewinne, Glas- und Porzellansachen und ähnliche Gegenstände (nicht aber um Geld) fallen nach einem Urteil des Reichsgerichts I. Strafsenats, vom 1. April d. J. nicht unter den Begriff von „Glücksspielen“, sondern unter den Begriff der „Auspielungen“, auch wenn diese Spiele sich lediglich zwischen dem Unternehmer und je einem Spieler vollziehen. Das unbefugte Halten solcher Glückshäuser ist demnach weder als gewerbsmäßiges Glückspiel, noch als Duldung eines Glückspiels, noch als das unbefugte Halten von Glückspielen, sondern wegen Bevorstaltung einer Ausspielung (Lotterie) ohne obigelegte Erlaubnis (§ 236) zu bestrafen.

## Permissives.

\* Ein höchst betrübendes Unglück hat sich am Donnerstag in Berlin ereignet. Die älteste Tochter des Bankiers Josef Stern, ein sechzehnjähriges Mädchen, von seltener Schönheit und Begabung, ist Mittags zwischen 12 und 1 Uhr von einem Pferdebahnwagen derartig übersfahren worden, daß sie am Abend unter schrecklichen Schmerzen verstarb. Das Unglück trug sich in der Potsdamerstraße vor dem Hause Nr. 10 zu, das ein Verwandter der Verunglückten, Bankier M. Neumann, bewohnt. Die junge Dame wollte die Schienengleise der Pferdebahnüberschreiten, sah den einen Pferdebahnwagen herankommen und trat, da sie etwas kurzstielig war und den anderen Wagen nicht kommen sah, in das andere Gleis; hier wurde sie von den Pferden erfaßt, kam unter den Wagen zu liegen und zwar mit dem Gesicht nach unten. Der Wagen mußte förmlich hochgehoben werden, damit das unglückliche Mädchen, das den Obergeschenkel mehrfach gebrochen hatte, darunter hervorgehoben werden konnte. Fr. Stern war trotz der entsetzlichen Verwundung noch vollständig bei Besinnung und wurde in das Neumannsche Haus gebracht, als dasjenige, wobin sie getragen zu werden wünschte. Auch auf dem Wege in dieses Haus behielt sie klare und volle Beinnahme. Sie richtete noch in unbefriedigend schmalen Zonen die Frage an die Arbeiter: „Ich werde wohl sterben müssen, liebe Männer!“ Die sofort herbeigeführten Aerzte erklärten die Amputation des linken Fußes für nothwendig. Dieselbe wurde von dem Prof. v. Bergmann und dem Haussarzt des Fr. Neumann, Dr. Hahn, ausgeführt. Leider konnte die Arme dadurch nicht am Leben erhalten werden; in der siebenten Stunde des Abends gab sie ihren Geist auf. Die Eltern des verunglückten Mädchens sind von Berlin abwesend.

\* Distanzritt. Montag, den 9. Juni, um 12 Uhr Nachts ist Premierlieutenant v. Hartmann vom Regiment Kaiser Franz nach einem Distanzritt aus Berlin in Ulm angelangt. Derselbe war am 1. Juni in der Nacht von Sonntag zu Montag um 3 Uhr aus Berlin weggeritten und langte am Montag in Wittenberg an. Von dort ritt er am Dienstag bis Leipzig, am Mittwoch bis Zwidau, am Donnerstag bis Hof, am Freitag bis Bayreuth, am Sonnabend bis Nürnberg, am Sonntag bis Würzburg und am Montag bis Ulm. So ist Lieutenant v. H. durchschnittlich 13 bis 15 Meilen am Tage geritten. Herr v. Hartmann ist der Sohn des Gouverneurs von Ulm, des Generalleutnants v. H.

## Wollmarktsbericht der Posener Handelskammer.

Das Wollgeschäft, welches in den Wintermonaten dieses Jahres einen tragen Verlauf genommen hatte, gestaltete sich im Mai lebhafter. Es wurden damals besonders polnische Wollen guter Qualität in nicht unbedeutenden Posten hier vom Lager verkauf. Der Bestand am Platze stellte sich bei Beginn der diesjährigen Kampagne auf 3 bis 4000 Ztr.

Auch das Kontraltgeschäft wies im Mai Regsamkeit auf. Gute Wollen wurden von Berliner, Breslauer und zuletzt auch von hiesigen Händlern mit einem Aufschlag von 6 bis 9 Mark pro Ztr. gegen Vorjahrsspreise kontrahiert.

Nachdem der Breslauer Markt im Ganzen sich günstig abgewickelt hatte, wurden auch hier vor Beginn und zu Anfang des am 12. d. M. offiziell eröffneten Wollmarkts gut behandelte Stämme von den auf Lager befindlichen, wie den zu Markte kommenden Quanten zu Preisen, welche die vorjährigen um 9 bis 12 M. überschritten, zum Verkauf gebracht.

Nachdem die besseren Sorten aus dem Markte genommen waren, fing das Geschäft an sich zu verflauen, so daß die Inhaber sich gezwungen fanden, mit ihren Forderungen auf vorjährige Preise und weiter herunterzugehen. Belangreiche Posten wurden somit 3 bis 6 M. unter Vorschriftnorm abgegeben. Bei Russialwollen erreichte der Preisabschlag sogar den Betrag von 20 bis 30 M. pro Ztr.

Die Gesamtzufluhr hierorts befürchtete sich nach amtlicher Feststellung auf 20033 Ztr. gegen 16985 Ztr. im Jahre 1883. Das Plus der diesjährigen Zufluhr ist einertheils auf das bessere Saarresultat, andertheils auf den Umstand zurückzuführen, daß aus Kreisen unserer Provinz, welche sonst nichts hierher schicken, diesmal Material angefahren wurde.

Die Wächen waren größtenteils gelungen, das Schurgewicht stellte sich um 8 bis 10 Proz. günstiger als im Vorjahr.

Als Käufer troten namentlich rheinländische, sächsische u. Fabrikanten, Berliner, Breslauer und hiesige Händler auf.

Etwas 3000 Ztr. mögen unverkauft geblieben sein.  
Bezahlte wurden folgende Preise pro Zentner:  
für seine Dominialwollen . . . . . 186—195 Mark,  
mittelseine Dominialwollen . . . . . 175—183 :  
Mittelwollen . . . . . 150—168 :  
Russialwollen . . . . . 104—117 :  
ungemischte Wollen . . . . . 51—57 :

Posen, den 13. Juni 1884.  
Die ständige Kommission der Handelskammer für das Wollgeschäft.

## Wollmärkte.

Landsberg a. W., 13. Juni. Die Zufuhren betragen ca. 3000 Zentner. Die Preise stellen sich höher als voriges Jahr; Käufer sind zahlreich anwesend.

Neubrandenburg, 13. Juni. Zum hiesigen Wollmarkt waren 5500 Ztr. angefahren, die Wächen waren gut, der Markt aber verlor schlepend und mit einem gegen das vorige Jahr erheblichen Preisabschlag. Kunstmächen erzielten 158—170, Mittelmächen 153—158, abfallende Wächen 146—152 M. Der Markt war Nachmittags bis auf wenige Stämme geräumt.

## Staats- und Volkswirthschaft.

\* Berlin, 13. Juni. [Städtischer Central-Biehhof: Amtlicher Bericht der Direction.] Am heutigen kleinen Freitagsmarkt standen zum Verkauf 95 Rinder, 744 Schweine, 743 Kälber, 936 Hammel. Von den Kindern wurden nur 20 Stück III. und IV. Kl. zu 41—44 M. bzw. 36—40 M. pr. 100 Pf. Fleischgewicht verkauft. — Bei Schweinen ist heute nur der Handel in Sengern, welche für Hamburg an den letzten Montagspreisen lebhaft gehandelt wurden, erwähnenswert; in den anderen Rassen war der Umsatz so gering, daß Preise nicht zu normieren sind. — Der Kälberhandel entwickelte sich rubig schon gestern ab. Es blieben für heute 13 Stück übrig; die Preise hielten sich in gleicher Höhe wie vorigen Montag. L. brachte 46—54 II. 35—44 Pf. pr. Pf. Fleischgewicht. — Hammel blieben ohne Umsatz.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 14. Juni. Der Kaiser ist gestern Abend 10<sup>3/4</sup> Uhr mittels Extrajuges nach Ems abgereist, vor dem Palais, auf dem Wege und im Bahnhof waren dichte Menschenmassen versammelt, welche den Kaiser mit stürmischen Hurraufen begrüßten.

München, 13. Juni. Der Kaiser von Österreich traf heute früh hier ein und fuhr sofort nach Feldafing, wo er einen mehrstündigen Aufenthalt zu nehmen gedacht, weiter.

Wiesbaden, 13. Juni. Der Prinz und die Prinzessin von Wales haben mit ihren Töchtern heute die Rückreise nach England angetreten.

Darmstadt, 13. Juni. Die zweite Kammer hat sich heute bis Ende des Monats vertagt.

Braunschweig, 13. Juni. Der braunschweigische Landtag hat die Verträge mit Preußen betreffend das braunschweigische Eisenbahn-Unternehmen und die anderweitige Regelung der die beiderseitigen Gebiete berührenden Eisenbahn einstimmig genehmigt.

Berl., 13. Juni. Von den Neuwahlen für den Reichstag, die heute vorgenommen wurden, sind bis jetzt 71 bekannt, es sind 46 Liberale, 12 Kandidaten der gemäßigten Opposition und 13 Unabhängige gewählt. Unter den gewählten Liberalen befinden sich der Ministerpräsident Tisza, der Justizminister Paulus und der Kammerpräsident Pechy, die Wahl derselben erfolgte meist einstimmig.

Paris, 13. Juni. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß das gefürchte Abstimmungs-Resultat in der Deputiertenkammer das Aufgeben der Rekrutierungsgesetz-Vorlage und die Beibehaltung des jetzigen Gesetzes zur Folge haben werde. Die Deputiertenkammer wird voraussichtlich am Montag die Beurtheilung der Verfassungsrevision beginnen und bis zum Schluss der Woche zu Ende führen.

Brüssel, 13. Juni. Gestern Abend durchzogen wiederum einige Volksaufstände schreiend und singend die Straßen der Stadt, wurden aber bald durch die Polizei zerstreut.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 13. Juni Morgens 0,70 Meter.  
13. Mittags 0,70  
14. Morgens 0,68

## Meteorologische Beobachtungen an Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. in Cels. Grad.
13. Nachm. 2	761,1	NW schwach	trübe	+21,9
13. Abends. 10	759,8	N schwach	gangbeiter	+16,1
14. Morgs. 6	758,1	NO schwach	gangbeiter	+14,6
Am 13. Wärme-Maximum: +24,5 Cels.		Wärme-Minimum: +11,6		

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 13. Juni. (Schluß-Course.) Fest, belebt. Lond. Wechsel 20,457. Pariser do. 81,11. Wiener do. 167,60. R. M. S. I. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 110, R. R. Pr. Antw. 126. Reichsbank 103,7. Reichsbank 145. Darmuth. 152,5. Reining. Bl. 93,5. Ost.-ung. Bank 716,50. Kreditbank 259. Silberrente 67,5. Papierrente 67,5. Goldrente 85,5. Ung. Goldrente 76,5. 1860er Loos 120,5. 1864er Loos 308,00. Ung. Staats 220,80. do. Ostb.-Ost. II. — Böh. Westbahn 261,5. Elisabethb. — Nordwestbahn 150,5. Galizier 240,5. Franzosen 267,5. Lombarden 127,5. Italiener 96,5. 1877er Russen 94,5. 1880er Russen 76,5. II. Orientanl. 58,5. Orient. Pacific —. Dislonto-Kommandit —. III. Orientanl. 59,5. Wiener Bankverein 90,5. österreic. Papierrente 80,5. Bünderader. Conter 62. Gotthardbahn 105. Türken 8,5. Lübeck-Wichener 164,5. Tabalsaltien —. Spanier exter. 61,5.

Central Pacific 108,5. Denver u. Rio grande I. M. 91,5. Chicago Milwaukee 112,5.

Kao Schluß der Börse: Kreditaktien 259. Franzosen 267,5. Galizier 240,5. Lombarden 127,5. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypt. —. Gotthardbahn —. Spanier neue —. Matiendburg. Miami —.

Frankfurt a. M., 13. Juni. Effekten-Sozietät. (Schluß.) Kreditaktien 258,5. Franzosen —. Lombarden —. Galizier 240. Egypfer 62,5. proz. ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. Gotthardbahn 105,5. Tabalsaltien —. Marienburger —. Dresden. Bank —. Dislonto-Kommandit —. Überbahn —. Still.

Wien, 13. Juni. (Schluß-Curse.) Fest. Papierrente 80,40. Silberrente 95,80. Oester. Goldrente 102,00. Sproz. ungarische Goldrente 122,70. 4-proz. ung. Goldrente 91,85. Sproz. ungar. Papierrente 88,80. 1864er Loos 124,75. 1860er Loos 135,25. 1864er Loos 169,50. Kreditloose 176,00. ungar. Prämien 115,25. Kreditaktien 308,80. Franzosen 317,75. Lombarden 151,25. Galizier 286,50. Kasch.-Öster. —. Pardubitzer —. Nordwestbahn 179,50. Elisabethbahn 235,00. Nordbahn 2510,00. Oester. Ung.-Bank —. Türkische Loos —. Unionbank 106,90. Ingol. Kurs 111,00. Wiener Bankverein 107,00. Ungar. Kredit 309,25. Deutsche Bläze 59,55. Londoner Wechsel 122,05. Pariser do. 48,35. Amsterdamer do. 100,50. Napoleon 9,67. Dolaten 5,74. Silber 100,00. Marknoten 59,55. Russische Banknoten 1,22,5. Rosenberg —. Kronpr. Rudolf 180,00. Franz-Josef —. Dur. Bodenbach —. Böh. Westb. —. Elbthalb. 186,50. Tramman 22,50. Buschtrader —. Oester. Sproz. Papier 81,35. Tabalsaltien —.

Wien, 13. Juni. (Privatverlehr.) Oesterreich. Kreditaktien 308,40. 4-proz. ungar. Goldrente —. Länderbank —. Fest.

Petersburg, 13. Juni. Wechsel auf London 24,5. II. Orient. Anleihe 93,5. III. Orientanleihe 93,5. Neue Goldrente 164,5. Petersburger Diskontobank 47,5. Privatdiskont 6 pvt.

Paris, 13. Juni. (Schluß-Course.) Fest.

3 proz. amortis. Rente 80,35. 5 prozent. 79,27,5. 4 prozentige Anleihe 108,20. Italienische Sproz. Rente 97,27,5. Oester. Goldrente 85,5. Sproz. ungar. Goldrente 103,5. 4 proz. ungar. Goldrente 77,5. 5 proz. Russen de 1877 98,5. Franzosen 667,50. Lombard-Eisenbahn-Aktien 316,25. Lombard. Prioritäten 305,00. Türken de 1885 8,25. Türklenloose 42,50. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 335,00. Spanier neue 61,5. Suezkanal-Aktien 205,2. Banque ottomane 650. Credit foncier 133,5. Egypfer 308,00. Banque de Paris 84,5. Banque d'escrime 535,00. Banque hypothécaire 2,50. Lond. Wechsel 25,19,5. Sproz. Rumänische Anleihe —. Bond. Wechsel 25,19,5. Sproz. Obligationen —. Tabalsaltien 54,25.

London, 13. Juni. Consols 99,5. Italienische Sprozentige Rente 96,5. Lombarden 12,5. 3proz. Lombarden alte 12,5. 3proz. do. neue —. Sproz. Russen de 1871 91. Sproz. Russen de 1872 90,5. Sproz. Russen de 1873 90,5. Sproz. Türklen de 1865 8,5. 4proz. fundierte Amerik. 122. Oesterreich. Silberrente 68. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76,5. Oester. Goldrente 84. Spanier 61. Egypfer neue —. do. unif. 60,5. Ottomanhans 15,5. Preuß. 4proz. Consols 102,5. Ruhig.

Suez-Aktien 81,5. Silber —. Playdiskont 1,5 pvt.

## Produkten-Kurse.

Köln, 13. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 18,75. fremder 19,50. per Juli 17,60. per Novr. 18,10. Roggen loko hiesiger 15,50. per Juli 14,50. per Novr. 14,65. Hafer loko 16,50. Rüböl loko 29,50. pr. Oktbr. 28,80.

Bremen, 13. Juni. Petroleum (Schlußbericht) besser. Standard white loko 7,35. per Juli 7,45. per August 7,55. per Aug.-Dezbr. 7,80. Alles Brief.

Hamburg, 13. Juni. Consols 99,5. Italienische Sprozentige Rente 96,5. Lombarden 12,5. 3proz. Lombarden alte 12,5. 3proz. do. neue —. Sproz. Russen de 1871 91. Sproz. Russen de 1872 90,5. Sproz. Russen de 1873 90,5. Sproz. Türklen de 1865 8,5. 4proz. fundierte Amerik. 122. Oesterreich. Silberrente 68. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76,5. Oester. Goldrente 84. Spanier 61. Egypfer neue —. do. unif. 60,5. Ottomanhans 15,5. Preuß. 4proz. Consols 102,5. Ruhig.

Suez-Aktien 81,5. Silber —.

Playdiskont 1,5 pvt.

Kartoffeln, pro 50 Kigr. 3,25—3,35—3,40—3,45—3,50—3,55 Mark, pro 100 Kigr. 6—6,50—7—7,50 Mark, pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — Heu, per 50 Kigr. 3,20—3,50 Mark. — Stroh, per Scheit & 800 Kigr. 23,00—25,00 Mark.

Breslau, 13. Juni. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Rogen (per 1000 Kilogr.) geschäftig os. Gefündigt —. Gentner. Abgelaufene Kündigungscerne —. per Juni 152,00 Gd. per Juli 152 Br. per Juli-August 151 Br. per August-September 150 Br. per September-Oktbr. 149 Br. Gd. per Oktober-Novbr. 149 Br. — Weizen in Gef. — Gentner, per Juni 186 Br. — Hafer Gefündigt —. Gentner, per Juni 146 Gd. per Juni-Julii 146 Br. — Rausch Gefündigt. — Gentner, per September-Oktbr. 210 Gd. — Rüböl —. Lolo 60,00 Br. per Juni 58 nominell, per Juni-Julii 56 Br. per September-Oktbr. 55,00 Br. — Spätzle matter. Gefündigt 15,000 Liter, per Juni 50,20—50,30 bez., per Juni-Julii 50,20—50,50 bez., per Juli-August 50,30 Gd. per August-Sept. 50,80 bez. Gd. per Sept.-Okt. 50,00 Br. per Oktbr.-Novbr. 49,00 Br. per Novbr.-Dezember —. Zint (per 50 Kilogramm) Hohenlohe Parke per Kasse 14,05 bez.

Breslau, 13. Juni, 9 Uhr Vormittags. [Privateiroth.] Landzufluhr und Angebot aus zweiter Hand war mäßig, die Stimmung im Allgemeinen rubig.

Weizen bei schwachem Angebot unverändert, per 100 Kilogramm schlesischer weiß 17,50—19,40—20,50 Gd. gelber 17,30—18,20—18,60 Mark, feinste Sorte über Rautis bezahlt. — Rogen (per 100 Kilogr.) geschäftig os. Gefündigt —. Gentner.

Abgelaufene Kündigungscerne —. per Juni 152,00 Gd. per Juli 152 Br. per Juli-August 151 Br. per August-September 150 Br. per September-Oktbr. 149 Br. Gd. per Oktober-Novbr. 149 Br. — Weizen in Gef. — Gentner, per Juni 186 Br. — Hafer Gefündigt —. Gentner, per Juni 146 Gd. per Juni-Julii 146 Br. — Rausch Gefündigt. — Gentner, per September-Oktbr. 210 Gd. — Rüböl —. Lolo 60,00 Br. per Juni 58 nominell, per Juni-Julii 56 Br. per September-Oktbr. 55,00 Br. — Spätzle matter. Gefündigt 15,000 Liter, per Juni 50,20—50,30 bez., per Juni-Julii 50,20—50,50 bez., per Juli-August 50,30 Gd. per August-Sept. 50,80 bez. Gd. per Sept.-Okt. 50,00 Br. per Oktbr.-Novbr. 49,00 Br. per Novbr.-Dezember —. Zint (per 50 Kilogramm) Hohenlohe Parke per Kasse 14,05 bez.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, 13. Juni, 9 Uhr Vormittags. [Privateiroth.] Landzu

## Produkten-Börse.

Berlin, 13. Juni. Wind: West. Wetter: Prachtvoll.

Wenn auch ab und zu Berichte einlaufen, welche mit dem Feldstande nicht ganz zufrieden sind, so werden diese doch in der großen Mehrzahl der sich entgegen gesetzten überschreiten, oder richtiger nicht beachtet. Der heutige Markt stand ganz unter dem Eindruck dieser leichten - seine Tendenz war ausnahmslos flau.

*Loto-Wiesen* vernachlässigt. Termine wurden nur mäßig eingesetzt. Die überwiegend flauen Berichte veranlassten manigfache Realisationen und Neuverkäufe, denen der zurückhaltende Begehr nicht gewachsen war, weil man, trotz des an und für sich billigen Preissstandes, doch immerhin von den neuendungs austauschenden Anträgen von arger Ueberproduktion w. sich mehr oder weniger beeinflussen lässt. Kurse haben unter mäßigen Umsätzen etwa 1½ M. gegen gestern verloren und schlossen kaum fest.

*Loto-Wiesen* hatte schwachen Handel zu etwas billigeren Preisen. Im Terminverkehr herrschte flau Stimmung. Der Markt steht unter dem Eindruck, dass im Inlande eine gute Ernte im Felde steht und diesem Fühle wird Nachdruck verliehen durch die sich täglich bietende Gelegenheit unerhört billiger Brämensäfte. Leichtere leistungen heute der flauen Tendenz wesentlich Vorwurf, so dass der Markt nach einem Rückgang von reichlich 1 M. ohne Erholung schloss.

*Loto-Häfer* schwach behauptet. Termine flau und niedriger. *Rogggen* mehrlich billiger. *Mais* still. *Nübel* eher matt. Bei stillem Verkehr stellten sich Preise zu Gunsten der Käufer. *Petroleum* geschäftlos. *Spiritus* setzte matt ein, bestätigte sich dann durch Deklinationen, um von Neuem recht matt und 20 bis 30 Pf. billiger als gestern zu schließen.

(Amitia) *Weizen* ver 1000 Kilogramm loko 165—204 M. nach

Dualität, gelbe Lieferungsqualität 169 M., per diesen Monat —, per Juni-Juli — per Juli-August 170 bez., per August-September —, per September-Oktober 174,75—174,25 bez., per Oktober-November 175,5 bez. Gefündigt — Btr. Kündigungsspreis — M. Durchschnittspreis — M.

*Rogggen* per 1000 Kilogramm loko 140—155 nach Dualität, Lieferungsqualität 146,5 Mark, russischer — Mark ab Boden bez., inländischer hochfeiner — frei Bahn bez., vor diesen Monat 145,75 bis 145,5 bez., per Juni-Juli 145,5—145,25—145,5 bez., per Juli-August 144,75—144,25 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 145—144,5 bez., per Oktober-November 146,25—144,75 bez. Gefündigt 5000 Bentner. Kündigungsspreis 145,5 Mark. Durchschnittspreis — M.

*Gerste* per 1000 Kilogramm große und kleine 140—200 M. nach Qualität bez. Futtergerste — Mark ab Kahn bez.

*Häfer* per 1000 Kilogr. loko 140—175 naß Qual. Lieferungsqualität 140 M., russischer mittel 141—146 ab Bahn und Boden bez., guter 168—175 ab Boden und Kahn bez., feiner 158 bis 162 ab Boden und Kahn bez., böhmischer — ab Kahn bez., per diesen Monat 140,5 bez., per Juni-Juli 138,25 bis 138 bez., per Juli-August 135 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 134 bis 133,75 bez. Gef. — Btr. Kündigungsspreis — M. Durchschnittspreis — M.

*Mais* loko 128—134 Mark bez., nach Qualität, per diesen Monat — bez. Gefündigt — Cir. Kündigungsspreis — Mark. Durchschnittspreis — M.

*Erbsen* Kochware 180—230, Futterware 160—170 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität.

*Kartoffelmehl* per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Loko 21,50—21,25 M. nach Qualität, per diesen Monat 21 M., per Juni-

Juli und per Juli-August 21 Mark, per August-September — M., per Sept.-Okt. — M. Gefündigt — Cir. Kündigungsspreis — M. Durchschnittspreis — M.

*Trockene Kartoffelfäcke* per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Loko 21 Mark, per diesen Monat 21 Mark, per Juni-Juli 21,00 M., per Juli-August 21,25 M., per August-September — M., per Sept.-Okt. — M. Gefündigt — Cir. Kündigungsspreis — M.

*Rogggenmehl* M. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert incl. Sad. per diesen Monat, Juni-Juli, Juli-August, August-September und September-Oktober 20—19,85 bez. Gefündigt 1000 Btr. Kündigungsspreis 19,90 Mark. Durchschnittspreis — M.

*Weizenmehl* Nr. 0 26,00—24,75, Nr. 0, 24,50—22,75, Nr. 0 u. 1 22,00—21,00. *Rogggenmehl* Nr. 0 22,25—20,25, Nr. 0 u. 1 0 bis 17,25 M.

*Nübel* per 100 Kilogramm loko mit Fas — M., ohne Fas — M., per diesen Monat 55,8 Mark, abgelaufene Anmeldungen — per Juni-Juli 55,6 M., per Juli-August — bez., per August-September — bez., per September-Oktober 53,8 Mark, per Oktober-November 54 M., November-Dezember 54,1 Mark bez. Gefündigt — Bentner. Kündigungsspreis — M. Durchschnittspreis — M.

*Petroleum*, raffinates (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fas in Posten von 100 Et. loko — M., per diesen Monat 23,5 M., per September-Oktober 23,5, per Oktober-November —, per November-Dezember — M. Kündigungsspreis — M. Durchschnittspreis — M.

*Spiritus*. Per 100 Liter a 100 p. — 10,000 Liter v. Et. loko ohne Fas 51,5 bez., loko mit Fas — bez., per diesen Monat — per Juni-Juli und per Juli-August 51,4—51,5—51 bez., per August-September 51,6—51,9—51,6 bez., per September-Oktober 50 bis 49,7 bez., per Oktober-November 49,3—49 bez., per November-Dezember — bez. Gefündigt 2000 Liter. Kündigungsspreis 51,3 M.

## Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 13. Juni. Die Börse eröffnete und verfehlte in recht fester Haltung, die Umsätze waren auf allen G. bieten lebhafte als in den Vortagen. Die Spulation griff recht lebhaft mit Kaufen ein und es traten auf allen Märkten leicht bedeutsame Kursbefestigungen zu Tage. Die herrschende freundliche Tendenz wurde außerdem durch die von außen eintreffenden höheren Notierungen wirkungsvoll unterstützt.

Der Kapital- und Kassamarkt erhielt sich in guter Stimmung.

Der Börsatontot notierte 2½ à 2½ o. C.

Auf dem internationalen Markt entwickelte sich das Hauptge-

schäft in Kreditaktien, dieselben stiegen wesentlich im Kurse. Franzosen und Lombarden waren stiller aber gut behauptet, ebenso andere fremde Bönen.

Bon fremden Fonds wurden Renten hauptsächlich zu höheren Kursen gehandelt. Russische Fonds waren stille bei festen Kursen.

Deutsche und preußische Staatsfonds wurden bei normalem Geschäft zutheilweise besserer Kursen gehandelt. Von inländischen besten Prioritäten waren 4 v. Et. Titres bevorzugt.

Der Bankaktienmarkt war recht fest. Diskonto-Kommandit Anteile wurden durch Meinungsläufe etwas im Kurse herausgehoben auch Deutsche Bankaktien waren höher.

Der Industriemarkt verlehrte gleichfalls bei ruhigem Geschäft in guter Tendenz und zu theilweise höheren Kursen. Auch der in den letzten Tagen in andauernder Mattigkeit verharrende Montanmarkt zeigte sich heute bedeutend beruhigter und die hierher gehörigen Werthe wiesen, wie Laura und Dortmund, einige Befreiungen auf.

Das Gebiet der inländischen Bönen zeichnete sich heute durch einen sehr lebhaften Geschäftsverkehr und durchweg höhere Kurse aus. Es sind als besonders hervorzuheben Marienburg-Marsala und Gutin-Lübeck zu nennen, auch Ostpreußen und Lübeck-Büchner in recht regem Verkehr.

Umrechnungstabelle: 1 Dollar = 4,25 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wochelse-Kurse.	Ausländische Fonds.	Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien	Berlin-Dresd. v. St. 4	103,25 G	Berl.-Görlitz 4	103,10 G	Berl.-Hamb. I. II. C. 4	101,75 G	Berl.-P. (S.-R. B.) 5	85,00 G	Nordb. Bank	81	158,50 G
Umtiefd. 100 fl. 8 T. 3	Newyork. St.-Anl. 6	do. do. 7	Aachen-Maastrich 2½	59,60 G	do. Lit. B. 4	103,10 G	Berl.-Hamb. I. II. C. 4	101,75 G	Reich.-P. (S.-R. B.) 5	85,00 G	Nordb. Grundlk.	0	38,25 G
Brüss. u. Antwerpen	do. do. 7	Kinnländ. Loose —	48,40 G	Altona-Kieler —	do. III. konv. 4	103,50 G	Berl.-P. (Mdg.A. B. 4	101,75 G	Schweiz Cir. R. D. B. 4	85,00 G	Def. Krd. A. p. St.	81	158,25 G
100 Br. 8 T. 3	do. do. 7	Italienische Rente 5	96,25 G	Berlin-Dresden 0	22,40 G	do. Lit. C. neue 4	101,75 G	Söd. Bahn 100ß. (Lomb.) 1=80	303,75 G	Ödenb. Spar.-B.	7	158,25 G	
London 1. Et. 8 T. 2	do. Tabaks-Obl. 6	96,25 G	Berlin-Hamburg 19½	437,90 G	do. Lit. D. neue 4	103,70 G	do. Obligat. gar. 5	103,10 G	Petersb. Dis.-B.	14	120,25 G		
Paris 100 Fr. 8 T. 3	Dest. Gold-Rente 4	85,75 G	Bresl.-S.-Frbg. —	—	do. Lit. E. 4	101,80 G	Böfener Prov. 6½	11½	Petersb. St. B.	11½	93,25 G		
Wien, östl. Währ. 8 T. 4	do. Papier-Rente 4½	67,40 G	Dortm.-Gron. 2½	62,25 G	do. Lit. F. 4	102,80 G	Böf. Landw. B.	—	Pomm. Hyp.-B.	0	54,00 G		
Petersb. 100 R. 3 W. 6	do. do. 5	do. Silber-Rente 4½	80,10 G	Halle-Sor.-Gub. 0	50,00 G	do. Lit. G. 4	103,30 G	Borsig-Vinf. B.	—	Borsig-Bodn.-B.	—	81,00 G	
Warsch. 100 R. 8 T. 6	do. do. 5	do. 250 fl. 1854 4	68,90 G	Mainz-Ludwigsb. 3½	110,00 G	do. Lit. H. 4	103,30 G	Ang.-G. Verb.-B. g. 5	82,10 G	Breit.-Vodn.-B.	5½	104,00 G	
Geldsorten und Banknoten.	do. do. 5	do. Kreditil. 1858 —	—	Marnb.-Mariola 6	77,40 G	do. Lit. I. 4	103,30 G	do. Dis.-B. 5	81,00 G	Br. G. 8. 1. 2. 108. 10	81	128,10 G	
Sovereigns pr. St.	16,21 G	do. do. Lott.-A. 1860 5	120,80 G	Ud. Frdr. Franz. 8½	198,75 G	do. Lit. K. 4	103,30 G	Br. Hyp.-A. t.-B.	5	90,00 G			
20-Francs-Stück	—	do. do. 309,00 G	—	Königl. Ennschede 0	13,10 G	do. do. 1876 5	102,80 G	Br. Hyp.-A. 25. 5	5	93,25 G			
Dollars pr. St.	—	do. do. 1864 4	88,90 G	Odschl. A. C. D. G. 3½	272,50 G	do. do. 1879 5	102,75 G	Pr. Finm.-B. 808	7	146,00 G			
Imperials pr. St.	—	do. do. 61,50 a 60b.	—	do. Lit. G. 4	101,80 G	Cöln-Mind. 3½. IV. 4	101,80 G	Reichsbank 6½	—	Rostoder Bank	—	100,25 G	
Engl. Banknoten	81,10 G	do. do. 1920 4	99,80 G	do. V. Em. 4	101,80 G	do. VI. Em. 4	105,80 G	Steckelsche Bank 5½	5	Sächs. Hyp.-B. Ver.	4	120,90 G	
Frans. Banknoten	168,15 G	do. do. 1920 4	99,80 G	do. VII. Em. 4	103,20 G	do. VII. Em. 4	102,75 G	Schaaff. B.-Ver.	4	Schles. Bank 5½	5	114,90 G	
Deutsch. Banknoten	205,50 G	do. do. 1920 4	99,80 G	do. do. 1875 1876 5	102,90 G	do. Lit. O. g. 4	102,75 G	Breit.-Grajewo 5	7	104,25 et 5½	138,75 G		
Bauf. Noten 100 R.	—	do. do. 1920 4	99,80 G	do. do. I. II. 1878 5	102,90 G	Märk. Pos. konv. 4	102,75 G	Charl.-A.ow. gar. 5	97,20 G	Charl.-K. 408	7	92,50 G	
Bündnu der Reichsbau.	—	do. do. 1920 4	99,80 G	do. do. I. II. 1878 5	102,90 G	Märk. Pos. konv. 4	102,75 G	Charl.-K. 408	9½	128,10 G			
Wechsel-Kurse.	—	do. do. 1920 4	99,80 G	do. do. I. II. 1878 5	102,90 G	Märk. Pos. konv. 4	102,75 G	Warsch. Kom.-B.	5	87,00 G			
Höchst-Kurse.	—	do. do. 1920 4	99,80 G	do. do. I. II. 1878 5	102,90 G	Märk. Pos. konv. 4	102,75 G	Würkt. Vereinsb. 7	7	128,25 G			
Bonds- und Staats-Papiere.	—	do. do. 1920 4	99,80 G	do. do. I. II. 1878 5	102,90 G	Märk. Pos. konv. 4	102,75 G	Industrie-Aktien.	—	Industrie-Aktien.	—	104,25 et 5½	
Deutsch. Reichs-Anl. 4	103,20 G	do. do. 1920 4	99,80 G	do. do. I. II. 1878 5	102,90 G	do. do. I. II. 1878 5	102,90 G	Dividende pro 1883.	—	Bochum-Brmk. A	0	74,75 et 5½	
Königl. Preus. Anl. 4	102,90 G	do. do.											